

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Das politische Wegweiser erscheint wöchentlich einmal an jedem Sonnabend. — Preisprospekt: 50 Cents pro Ausgabe. — Bestellungen nehmen alle postfähigen Buchhändler, Verleger und die Verlagsgesellschaft, Leipzig, an. — Adressen: Leipzig, Hauptstraße Nr. 21. — Halle, Köhler-Gasse mit Betriebs-Büro, Leipzigerstraße Nr. 21. — Halle, Köhler-Gasse, Leipzigerstraße Nr. 21. — Druckerei: Halle, Köhler-Gasse, Leipzigerstraße Nr. 21. — Druckjahr: 1925.

Nummer 33 Halle (S.), Sonnabend, 24. Oktober 1925 1. Jahrgang

Misstrauensanträge gegen Seevering abgelehnt! Das Reichskabinett für Locarno.

„Ne varietur.“

In Locarno ist endlich der Friede geschlossen worden, der Welt seit elf Jahren so heiß ersehnt hat. Der eigentliche Friedensvertrag nach dem entsetzlichen aller Kriege wird in der Geschichte nicht nach dem historischen und prunkhaften Versailles, sondern nach dem ionischen, falkischen Schweizer Städtchen seinen Namen führen. Vielfach hat die Stockholmer Weltfriedenskonferenz die Atmosphäre des Vertrauens und der Verständigung mitgeschaffen, die in Locarno geherrscht und alle Hindernisse beseitigt hat. „Von dieser Konferenz wird für Europa ein Frieden ausgehen, der nicht ein äußerlicher Frieden, sondern ein von allen als ein gemeinsames Wert empfundener Frieden ist“, so prophezeite

Schamberlain beim Journalistenbankett

Der Vertrag von Locarno ist nun aber nur der Rahmen, in dem der neue europäische Geist wirken soll. „Die noch bestehenden Schwierigkeiten müssen beigelegt werden“, meinte Chamberlain in der Schlussrede. „Ich bin gewiss, daß Frankreich die ganze Tragweite dieses Paktes erfährt, und daß es alles tun wird, was in seiner Macht steht, damit daraus zusehen uns ein Gefühl der Verbindung und der Entspannung herbeizuführen.“ Wir sind dem französischen Außenminister dankbar für den Bericht auf die französische Garantieierung der Ostverträge und erkennen dies als Beweis wirklichen Verständigungswillens an. Diese Gesinnung gibt uns die Gewißheit, daß die noch bestehenden ersten Fragen, betreffend vor allem

die Abrüstung Kölns

und die Grenzleistungen in der übrigen Rheinlandschaft, vor der Unterzeichnung der Verträge in für Deutschland günstigen Sinne sich lösen werden. Ein italienisches Blatt meint, in Locarno werde eine neue Weltgeschichte beginnen. Das Fundament dieses Gebäudes ist jedoch nicht erst in Locarno gelegt worden, es den Grundmauern haben seit 6 Jahren republikanischer Männer gearbeitet; ich nenne nur den Einen, Unvergesslichen und Unersetzlichen:

Waltzer Rathenau!

Er hat sein Leben für das Werk geopfert, an dessen Fortsetzung heute dieselbe Partei, wenn auch widerwillig, mitarbeitet, deren skrupelloser Hege Rathenau damals erlag. Jetzt führen die Vorkämpfer in gleicher Weise gegen den heutigen deutschen Reichsaussenminister; so schreibt der „Wolffsche Beobachter“: „Ein Mensch, der an Stresemanns Stelle für Frankreich etwas ähnliches unterföhrten hätte, wäre nach seiner Anwartschaft nach Paris wie ein Hund erschlagen worden.“

Die Gerechtigkeit gebietet, daß wir heute auch des Führers der deutschen Delegation in Versailles dankbar gedenken, der uns dort so überaus würdig vertreten hat: **des Grafen Brockdorff-Rantzau**,

dessen „Dokumente“ übrigens gerade in diesem Augenblicke in dritter Auflage erscheinen sind. Damals hatte er und hatte die demokratische Partei ohne viele große Worte die Grenze bezeichnet, über die hinausgehen sie sich weigerten; da sie überschritten wurde, gegen sie die Folgerungen traten aus der Regierung aus. Die D. M. A. aber hat in unangenehm hochtrabenden Reden und Resolutionen für Locarno Verbindungen gestellt, die unsere Delegationen unmöglich durchsetzen konnten; allein, man wird vergebens darauf warten, daß diese „nationalen“ Parteien nimmermehr auch die einzig denkbare Konsequenz zieht und aus der Regierung austritt. Vor einer Woche noch hat **Graf Westarp**

seinen Getreuen die Liste seiner Forderungen vorgetragen: allgemeine Abrüstung, sofortige Freigabe des ganzen Rheinlandes und des Saargebietes, nachmalige und diesmal erfolgreiche Zurückweisung der Versailles-Kriegsschuldfrage und noch einiges dazu.

„Nede eingeleitete dieles Fragen muß voll erfüllt sein, wenn das Vertragswerk zustande kommen soll.“ Die „Kreuzzeitung“ erklärte noch oben, wenn sich bei Prüfung des Vertragswerkes die von ihnen gezeigte Grenze als überschritten herausstelle, gebe es nur zwei Erle: „entweder müssen die Deutschnationalen die Ablehnung des paraphierten Vertrages im Kabinett durchführen, oder sie müssen ihrerseits die Verantwortung abgeben und

aus der Regierung ausscheiden.“

Diese Alternative erscheint auch uns als selbstverständlich, wenigstens für jede Partei, die noch einen Funken von

Polizeistunde und Stockerlaß.

Aus der Landtagsrede des Ministers Seevering über Polizeifragen.

Am vorigen Sonnabend hielt der preussische Innenminister Seevering im Landtag über verschiedene Fragen der Polizei eine Rede, aus der der Amtliche Preussische Pressedienst das Folgende wiedergibt:

In der Debatte ist davon die Rede gewesen, daß der Stockerlaß

die verheißendartigsten Wirkungen in der Provinz gehabt habe. Dazu möchte ich folgendes sagen: Dieser Laß haben besonders die Landräger begrüßt, nicht allein deshalb, weil die Gefahr geringer geworden ist, daß bei einem Zusammenstoß der Rechts- und Linksverbände Mißhandlungen vorkommen könnten, sondern auch weil die Beamten jetzt mit größerer Aussicht auf Erfolg in der Lage sind, gegen die Ungehörigkeiten vorzugehen, wenn diese Anstalten machen, gegeneinander zu marschieren. Wenn 300 oder 400 junge Leute mit Stöcken bewaffnet oder vielleicht auch nur 10 oder 12 Renegate gegen einen Landräger vorgehen, ist dieser nicht in der Lage, mit Erfolg seine amtlichen Funktionen wahrzunehmen. Dadurch, daß die Leute jetzt entwaffnet sind — wenn ich so sagen darf — ist es viel leichter, der Autorität des Landrägers auch Massen von 200 bis 300 gegenüber Geltung zu verschaffen. Ich denke deshalb nicht daran, den Stockerlaß aufzuheben. Wenn vielleicht „Stod“ noch durch „Gummihüpfel“ und „Schlagring“ ergänzt werden muß, bin ich gern bereit, den Laß daraufhin noch einmal nachzuprüfen.

Bei dieser Gelegenheit darf ich vielleicht auch ein Wort zu der

Polizeistunde

sagen. In den nächsten Tagen werden in Berlin Erleichterungen bei der Tauscherlaubnis durchgeführt. Ich will gern den Wünschen der Saalbesitzer entgegenkommen und auch die im Jahre 1923 gefasste Abgabe für Polizeistunden, die heute drückend empfunden wird, zur Aufhebung bringen. Aber wenn wir die wirtschaftlichen Verhältnisse in Westen und Osten, aber auch in der Zentrale Preußens berücksichtigen, dann glaube ich, wird es keinen Innenminister geben, der heute einer Verlängerung der Polizeistunde das Wort reden kann, jedenfalls könnte ich heute einer Verlängerung nicht zustimmen. Gegenüber dem Einwand, daß Berlin infolge seiner Einwohnerzahl

Ehre heißt. Die Deutschnationalen werden sowohl im Reichskabinett, wie im Auswärtigen Ausgah, wie schließlich auch im Reichstage umfallen und dem Vertrage zustimmen. Schon längere ihre Zeitungen um: „Alles in allem: wir stehen am Anfang einer neuen Entwicklung“, heißt es plötzlich.

Herr Traub

bezeichnete es zwar soeben als unentgeltlich, daß eine Regierung, in der auch die Deutschnationalen lägen, solche Schmach auf sich nehmen wolle. Die Deutschnationalen würden die nötigen Folgerungen daraus ziehen! (Aber übrigens wandte sich der Herr Farrer bei dieser Gelegenheit auch gegen den Passivus un, welches Wort er haßte!) Der deutschnationale Landesverband hat auch jetzt dem Wert von Locarno ein entscheidendes Nein entgegen! — und so wird es noch manchen Theaterdonner geben. Die „Kreuzzeitung“ beginnt jetzt wieder das bekannte Schaulustenspieler: „Aber noch ist ja das letzte Wort nicht gesprochen.“ Die Herrschaften müssen sich indessen darüber klar sein, daß es bei dem Vertrag nur zweierlei gibt:

Annahmen oder Ablehnen.

Änderungen sind ausgeschlossen; der Vertrag steht unter dem Vorzeichen: „Ne varietur!“

Dieses Wort gilt auch einer anderen Domäne: in Preußen. Die Deutschnationalen haben anscheinend allmählich die Hoffnung aufgegeben, die ganze preussische Regierung zu führen. Nun haben sie wieder einmal ein Misstrauensvotum gegen Seevering eingebracht, und in treuer Gefolgschaft die D. N. und die Völkischen beigesteuert. Wenn sie nur den oberflächlichen Innenminister stürzen könnten, dann würden sie das übrige Ministerium schließlich erzwingen. Im Augenblicke, da diese Zeiten differt werden, findet im preussischen Landtage die Abstimmung über die Misstrauensvoten statt. Es ist sicher anzunehmen, daß sie abgelehnt werden. Denn, wie

und seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung eine Ausnahmestellung nachteilig, mache ich darauf aufmerksam, daß in der Provinz mit Argusaugen darauf gesehen wird, was auf diesem Gebiete in Berlin geschieht. Wenn wir in Berlin eine Lockerung eintreten lassen, dann werden Befürchtungen der größten Provinzialstädte folgen, und dann würde sich das Schaulustenspieler ergeben, daß in einem Winter unseres Mißwetterjahres, der Kontrast bestünde, daß einige wenige bis in die größten Nachstädten hinein sich amüßerten, während der größte Teil der Bevölkerung die Sorge hat, wie er sich und die Seinen durchbringt.

Wenn hier von Erparnissen im Polizeibudget gesprochen werden ist, so darf ich dazu sagen: Die Sparmaßnahme in allen Ehren! Auch ich bin bemüht zu sparen. Solange wir aber die wirtschaftliche und politische Konsolidierung Preußens und Deutschlands noch nicht erreicht haben, solange noch von links und rechts Organisationen nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Substanz des Staates anzutasten suchen, solange wäre

Sparmaßnahme bei der Polizei

die allererwünschteste und allerunvermeidlichste Sparmaßnahme. Aber darin stimme ich durchaus zu: Auf die Dauer kann Preußen sich den Luxus — es ist ein sehr ausgezogenener Luxus — einer so starken Polizei nicht leisten, und ich bin deswegen, soweit es die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zulassen, gern bereit, mit den Herren Finanzminister zu überlegen, wie allmählich eine Reduzierung eintreten kann. Solange wir aber — und besonders wir im Innenministerium — der Auffassung sind, daß wir in Anbetracht der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse mit einer Reduzierung der Polizeimannschaften nur Fehler begehen würden, solange wird es bei dem heutigen Polizeibestand und bei der heutigen Polizeiorganisation bleiben.

Auf eine Bemerkung des Abg. Meppenthien erklärte der Minister, daß der ganze Streit über die Frage der Frage die Gemüter nicht so erregen würde, wenn die schwarz-rot-goldene Fahne von den Rechtsorganisationen mehr geachtet würde und es nicht zur Gewohnheit geworden wäre, diese Fahne in unerhörter Weise herabzusetzen.

der Zentrumsgesamtheit sich als ausdrückte, der bisherige Haupttriumph der deutschnationalen Kartenspiel, Pief-Bube, hat verlagert; die Kommunisten haben den Deutschnationalen die Gefolgschaft gekündigt und wollen nicht für die Anträge stimmen. Niemand wird bei dieser Nachsicht erleichtert aufgezogen haben, als die Deutschnationalen, die nichts so sehr fürchten, wie Wahlen. Und eines dürfte ihnen klar sein: ein angenommenes Misstrauensvotum gegen Seevering wäre gleichbedeutend mit

Landtagsauflösung und Neuwahlen!

Die preussische Regierung denkt gar nicht daran, sich diesen herbeiziehenden Mann aus ihrem Kreise herauszubrechen zu lassen. Auch hier gibt es nur ein „Entweder — Oder“, seine einzelnen Änderungen. Auch hier gilt der Satz: Ne varietur! J. M. D.

Bekanntmachung und Lehrer.

Die nachfolgenden Darlegungen sind den Auflass „Religion und Bekanntmachung“ entnommen, den Gertrud Bäumer in der „Sitz“ veröffentlicht.

Die Anhänger der konfessionellen Schule wissen ganz genau, daß eine Lehrerschaft, die der konfessionellen Schule als der Normalschule Leben geben konnte, einfach nicht existiert. Ein wie großer Prozentsatz der Lehrerschaft steht auf dem Boden der Konfessionsschule, die den gesamten Unterricht im Geiste des Bekenntnisses erteilt? Auch diese Lehrerschaft ist durch konfessionelle Seminare gegangen. Aber es ist eben „ein freier Volk“ um den Glauben, dazu man niemand kann zwingen.“ Auch die religiöse Haltung der Lehrerschaft wäre eine andere, wenn ihre religiöse Bildung härter im Zeichen der inneren Freiheit sich vollzogen hätte. Die Partei der Konfessionsschule wendet das religiöse geradezu tödliche und durch und durch unwirksame Mittel an, den Lehrer, der nicht imstande ist,

Beamtensfragen

Die Aufhebung des Wahlrechts für die Beamten.

Die Vertreter der Großindustrie, der Großlandwirtschaft und der Hochfinanz in den Reichsparteien der Parlamente sind beständig bemüht, daß sie nicht gänzlich ungehindert und unbeschadet ihrer Interessenpolitik betreiben können, sondern daß ihnen dabei von manchem ehrlichen Volksvertreter aus dem Beamtenstande ernstlich auf die Finger geschlagen wird. Die ihnen nachstehende Presse tobt sich deshalb in geschäftigen Angriffen auf die Beamten aus. Das Organ des „deutschnationalen Bauernbundes“, die „Schwabische Tageszeitung“, fordert sogar allen Entschluß die Aufhebung des Wahlrechts für die Beamten. Sie schreibt wörtlich: „Schon längst wurde die Forderung erhoben, daß für die Beamten das aktive und passive Wahlrecht für die Zeit ihrer Beamtenhaft zu ruhen her!“ Die Demokraten wollen die Rechte der Beamten erweitern, die Reichsparteien wollen sie ihnen nehmen. Der Beamte, der deutschnational wählt, bringt sich also um sein Wahlrecht.

Georg Bernhard's 50. Geburtstag.

Vor einigen Tagen hat der Chefredakteur der „Völkischen Zeitung“, Georg Bernhard, seinen 50. Geburtstag gefeiert. Unser Blatt bringt dem hervorragenden Mann, dem gelegentlich seine Geburtstage von namhafter Seite die Anerkennung zuteil wurde, daß er sich in erfolgreichster Weise für eine Verdringung Europas einsetzt und mit harterm Temperament diese politische Richtung vertreten hat, in derselben Auffassung nachdrücklich die herzlichsten Glückwünsche dar.

Aus den Vereinen

Bezirksvertreter-Tagung der Deutschen Demokratischen Partei im Regierungsbezirk Merseburg.

Der Bezirksverband der Deutschen Demokratischen Partei hielt am 18. 10. in Halle eine aus allen Kreisen des Regierungsbezirks stark besuchte Vertretertagung ab. Der Vorsitzende, Amtsleiter Renter, leitete die Verhandlungen mit einem tiefempfindlichen Ausdruck für Professor Hugo Breuß und für den kürzlich in Kammern verstorbenen Kreisstagsabgeordneten Julius Hedlau ein und begrüßte mit Dankworten den anwesenden Handelsminister Dr. Schreiber. Ueber Wirkungsstufen und Aufgaben des Provinziallandtags und der Kreisstage hielten mit vielem Beifall aufgenommene Vorträge Herr Landrat Zimmermann-Weissenfels und Herr Zweites-Bauordnungs-Cornelius-Neu-Röfien. Als Ergebnis der Beratungen für die Provinziallandtags- und Kreisstagswahlen beschloß der Vertretertag nach eingehender Aussprache für die Provinziallandtagswahl eine Kandidatenliste für den ganzen Regierungsbezirk unter dem Kennwort „Deutsche Demokratische Partei“ aufzustellen. Für die Kreisstagswahl bleibt eine eint. Vereinbar mit anderen Wirtschaftskreisen den einzelnen Kreisorganisationen überlassen. In hochinteressanten Ausführungen äußerte sich hierauf Herr Minister Dr. Schreiber über die allgemeine außen- und innenpolitische Lage. Niemand konnte in Abrede stellen, daß die Verhandlungen und der Ausgang der Konferenz in Locarno eine ausgesprochene Politik des Friedens darstellen. In

Preußen sei die Zeit ständiger Krisen endgültig vorbei und eine Konsolidierung der Verhältnisse und damit auch eine fruchtbarere Regierungsarbeit zu erwarten. Zur Wohnungsfrage sah die Vertretertagung einmütig eine Entschleunigung, in der u. a. die Förderung einer Lösung dieser Lebensfrage des deutschen Volkes dem Parteivorstand in Berlin dringlichst empfohlen wird. Die Abhaltung eines Landesparteitages wurde für Anfang nächsten Jahres in Aussicht genommen und dann die anregend verlaufene Tagung, die der Einmütigkeit der Partei bei anderen Ausdrucks gab, geschlossen.

Deutsche Demokratische Partei in Halle.

Dienstag, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, im oberen Thaliaaal

Mitglieder-Versammlung.

Tagungsordnung:

1. Bericht vom Bezirks-Vertretertag.
2. Kommunalspolitischer Vortrag (Städtische Bauvorhaben).
3. Die Wahlen zum Provinziallandtag.

Durch Punkt 2 der Tagungsordnung ist wiederholt ausgesprochenen Wünschen, die zahlreichen Bauvorhaben der Stadt Halle einer Verbesserung zu unterziehen, Rechnung getragen. Außerdem ist eine Vereinbarung und Auffklärung über die am 29. November stattfindenden Wahlen zum Provinziallandtag dringend notwendig. Es wird deshalb erwartet, daß möglichst alle Mitglieder an der Versammlung teilnehmen. Gäste können eingeführt werden.

Der Vorstand.

Wahlvorschlag

der Deutschen Demokratischen Partei im Regierungsbezirk Merseburg für die am 29. November stattfindende Provinziallandtagswahl.

1. Dr. von Krauß, Paul, Landrat in Querfurt
2. Renter, Fritz, Amtsleiter, Halle a. d. S.
3. Dr. Kühnlein, Johannes, Kreisarzt, Merseburg
4. Zimmermann, Arthur, Landrat in Weissenfels
5. Richter, Friedrich, Kaufmann, Bitterfeld
6. Schierwagen, Franz, Landwirt, Schönwerda-Unterritt
7. Schmid, Hans, Fabrikant, Sangerhausen
8. Krauß, Toni, Hausfrau, Raumburg-S.
9. Wimmer, Wilhelm, Obergericht, Halle a. d. S.
10. Wunderlich, Wilhelm, Rektor, Falkenberg, Bez. Halle
11. Fride, August, Malermeister, Palsendorf
12. Bandler, Gustav, Lehrer, Eisenh.
13. Behje, Margarete, Handlungsgehilfin, Halle a. d. S.
14. Koertlin, Kurt, Seminaroberlehrer, Merseburg
15. Rübiger, Friedrich, Lehrer, Alstedden
16. Jutz, Richard, Jütl.-Ingenieur, Naumendorf
17. Rohloff, Leo, Studienrat, Weissenfels
18. Görner, Carl, Wäandern-Obermaterialienverwalter a. D., Herzberg-Ester
19. Berhold, Emil, Gasbeisitzer, Tagewerben

An unsere Freunde in Stadt und Land!

Die Bedeutung der Wahlen zum Provinziallandtag und Kreisstag reicht über die Provinz. Sie sind entscheidend für das Geschick unserer Partei im Landtage. Mit der demokratisch gerichteten preussischen Regierung aber

steht und fällt jede demokratische Entwicklung im Reich. Es geht also nicht bloß um die Provinz, es geht um Preußen und das Reich.

Gedezu ein politischer Akt aber wird die Provinziallandtagswahl dadurch, daß die Provinzen die Hälfte der Vertreter Preußens im Reichsrat, und daß sie ferner die Mitglieder des Staatsrates zu wählen haben.

Die Demokratische Partei kämpft:

1. für eine Steuerentlastung, die die Wirtschaftswäde stärker befreit (Kampf gegen Umlagssteuer und indirekte Steuern);
2. für die Freiheit der Selbstverwaltung (Kampf um den Finanzausgleich);
3. für eine einfache, von Bürokratie freie, Republikanische Verwaltung (Kampf um eine Verwaltungsreform);
4. für ein gutes Beamtenrecht;
5. für die kulturelle Förderung des Staates und Bewahrung des Religionsfriedens (Kampf gegen den Reichshulgeleitzens).

Wir versprechen nicht, wir halten.

Denkt an die Wahlen vom 7. Dezember und an die Wortbrüche der Reichsparteien!

Wahlen kosten.

Gibt einen Beitrag für die Wahlen am 29. November. Ohne Opfer kein Erfolg. Stärkt den Wahlfonds, jedes nach seinen Kräften. Auch die kleinste Spende ist nicht tommen.

Einzahlungen erheben an Bauhaus 2, Schönlicht, Halle-S., Poststraße (Postfachkonto Leipzig 9923) oder in der Geschäftsstelle Leipzigstraße 21.

Während der Wahlarbeit bietet sich die beste Gelegenheit, für die Partei zu wirken. Stärkt die eigenen Reihen zum Wohle der Allgemeinheit. Jeder kann in den nächsten Wochen der Partei ein neues Mitglied zuführen.

Deutsche Demokratische Partei.

Deutsche Friedensgesellschaft, Halle.

Ueber das Thema „Der Pazifismus und seine Nichtigungen“ sprach am 17. d. M. Redakteur Sabisch. Er führte etwa folgendes aus: Die Sehnsucht der Menschheit nach Frieden besteht seit Altersher. Aber zur politischen Forderung wurde die Verfestigung des Krieges erst von den 48er Demokraten erhoben. Aus ihren Bestrebungen ist später der organisierte Pazifismus hervorgegangen. Bertha v. Suttner, Alfred H. Fried, Prof. Ducloux, Prof. Schilling u. a. zählen zu seinen Vertretern. Eine zweite Richtung des Pazifismus ist die der Kriegsdienstgegner. Diese lehnen jeden Militärdienst, überhaupt jede Beteiligung des Krieges ab. Schließlich wäre noch eine dritte Gruppe von Pazifisten zu nennen, für die die Verwirklichung des Friedens in erster Linie eine Erziehungsfrage ist. Hierher gehören die entscheidenden Schulreformer und die ethischen und kirchlichen Gruppen. Die Deutsche Friedensgesellschaft will eine Zusammenfassung der Pazifisten aller Richtungen sein. Sie kennt nur ein Ziel: die Solidarität der Staaten. — Herrn Habichs Ausführungen wurden mit großem Interesse aufgenommen.

Wir machen auch an dieser Stelle auf die öffentliche Versammlung am Montag im Volkspark aufmerksam. Näheres siehe Anzeigenteil.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Freda Marie Grünin zu Dobna; für den Anzeigenteil und Verlag: Deutsche Demokratische Partei, Sämtlich in Halle.

Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Delitzsch.



Burghardt & Becher

Halle, Leipzigerstr. 10, parn., 1. u. 2. Etage (Fahrstuhl)

Deutschlands größtes Geschäftshaus für emaillierte Haus- und Küchengeräte.

Glas, Porzellan, Steingut-, Aluminium-, Luxus-, Holz-, Leder- und Spielwaren.

Für Wiederverkäufer Sonderabteilung.

Der Hut macht's!

Der richtigen Herrenhut finden Sie stets bei mir. Hauptpreislisten: 9⁵⁰ 8⁵⁰ 7⁵⁰ 5⁹⁵ Große Auswahl in Sport- und Clubmützen. Moritz Kojewitz, Halle a. S., Steinweg 7.

Kuverts

liefern schnell und preiswert Hugo Alpers, Delitzsch, Salsleben Straße 1.

Öffentliche Versammlung.

Montag, den 26. Oktober 1925, abends 8 Uhr, spricht im großen Saale des Volksparks

Ministerialrat Falkenberg (Berlin)

Vorsitzender des Allg. Deutschen Beamtensbundes und Präsidialmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft über das Thema:

„Die Arbeiterschaft und der nächste Krieg“

Friedenskartell Halle (Saale)

Deutsche Friedensgesellschaft, Reichsbund der Kriegsheldensöhnen und Hinterbliebenen, Jungsozialisten, Jugendverband, Republ. Frauenbund, Deutsche Liga für Menschenrechte.



Schlesingersche Buchdruckerei

Halle a. S. Fernspr. 1405 :: Geogr. 1879

Die gute Drucksache für jeden Zweck

prompt preiswert



Werbt neue Abonnenten!

Gebt Adressen

für kostenlose Probelieferungen auf!

